

# FAMILIE K

**Ort**

Bielefeld

**Behinderung u/o Förderbedarf des Kindes**

Hemiparese, links

**Problematik**

Schule macht sich die Behinderung des Kindes zu Nutzen,  
um sich "Entlastung" zu verschaffen

**Zeitraum**

April 2017 bis Juli 2019

**Beteiligt (außer Eltern/ Kind)**

Lehrerin, Sonderpädagogin der Schule, Schulleitung, Schulärztin,  
Stadt Bielefeld, Träger der Sozialhilfe

**Datum**

04.10.2019

## Erfahrungsbericht

Für unseren Sohn wurde in seiner Kita-Zeit von der Einrichtung kein Förderbedarf geltend gemacht. Es wurde lediglich zeitweise Frühförderung in Anspruch genommen; diese war über einen freien Träger organisiert. Der relativ geringe Unterstützungsbedarf, den unser Sohn hatte, wurde en passant durch die Erzieherinnen erbracht. Es handelte sich auch um Dinge, bei denen andere Kinder ebenfalls Schwierigkeiten haben (Jacke zumachen, Hilfe beim Umziehen etc.). Damit war die Kitazeit letztlich auch kein Problem in Sachen Inklusion.

Das Leid begann mit dem Wechsel in die Schule im August 2016. In eine Schule, die sich als inklusiv bezeichnet und als Teil ihrer Identität sieht. Verantwortliche dieser Schule halten Vorträge, wie Inklusion an Schulen funktionieren kann...

Die verkürzte Darstellung des Vorgangs:

Bei einem turnusmäßigen Elterngespräch nach einem halben Jahr mit der Mutter, der Klassenlehrerin und der zugehörigen Sonderpädagogin wird die Mutter überrumpelt, indem die Lehrerin anmeldet, dass für das Kind ein Förderbedarf besteht. In der Folge wurden von der Schule Gutachten erstellt, die den Eltern zur Kenntnis gegeben wurden mit der Bitte, diese mit einem Antrag bei der Stadt einzureichen. Diese Gutachten waren verfälschend und entsprachen nicht den Tatsachen; sie waren so geschrieben, dass eine besonders starke Behinderung vorliegt, eine Behinderung, die einen besonders großen Förderbedarf notwendig macht. Ein Beispiel: So wurde angeführt, dass das Kind den Weg zur Sportstätte auf dem erweiterten Schulgelände nicht zurücklegen könne, obwohl es in den Pausen und am Nachmittag auch bis zu drei Stunden Fußball spielt. Die Eltern haben auf erheblichen Druck der Schule den Antrag gestellt und ihn der Sonderpädagogin übermittelt mit dem Hinweis auf das nicht korrekte Gutachten und der Bitte, dieses zu ändern. Ob dies geschehen ist, ist uns nicht bekannt.

Unserem Kind wurde ein Integrationshelfer von der Stadt genehmigt; gleichzeitig wurde uns von der Schule ein Integrationshelfer "vermittelt"/"empfohlen". Die Genehmigung erfolgte ohne ärztliche Untersuchung. Genehmigt wurde ein Stundenumfang von 35 Stunden! Das ist das Maximum. Dieser Umfang ist bei einem Kind, das in der Kita keinen Förderbedarf hatte, überraschend. Wir würden seinen Unterstützungsbedarf mit einer Stunde pro Woche benennen.

Wir haben dem Druck der Schule nur nachgegeben und einen Förderbedarf beantragt, weil uns die Schule zugesichert hat, dass der Integrationshelfer nicht dem Kind zugeordnet auftrete und damit zu dessen Diskriminierung beitrage, sondern in der Gruppe sei und den anderen Kindern/Eltern damit nicht als der Integrationshelfer unseres Kindes erkennbar sei. Diesen Deal gingen wir zähneknirschend ein, weil ein Abweisen der Forderung der Lehrerin zu einem Verlust des Vertrauensverhältnisses geführt hätte und letztlich einen Klassenwechsel notwendig gemacht hätte, was wir als das größere Übel bewerteten.

Die Folge war, dass unser Sohn einen Integrationshelfer bekam, der jedoch nach wenigen Wochen eine Erzieherstelle in der Schule bekam und dann ohne uns zu informieren nicht mehr verfügbar war. Der nächste Integrationshelfer war ein unzuverlässiger Geselle, den die Schule hinter unserem Rücken organisiert hatte; in den Auswahlprozess waren wir nicht involviert. Man kann diesem Menschen auch keinen all zu großen Vorwurf machen, denn er war alleingelassen. Zwar beschäftigt die Schule Sonderpädagogen la Masse di Meng, aber diese stehen in erster Linie für sogenannte "Elternberatung" zur Verfügung - also solche Gespräche, wie wir sie führen mussten. Eben auf der dunklen Seite der Macht und nicht auf der Seite der Kinder, die einen Bedarf haben. Jedenfalls war es keinem dieser Sonderpädagogen offensichtlich möglich, den neuen Integrationshelfer zu informieren, so dass er alle Vereinbarungen, die wir mit der Lehrerin trafen (Anonymität etc. ) unterlaufen wurden. Der Integrationshelfer posaunte bei Dritten, dass er der Integrationshelfer unseres Sohnes sei. Ein vollkommener Vertrauensbruch.

Das Schlimmste: Auf dem Rücken unseres Sohnes hat sich die Schule Entlastung besorgt, aber für das kleine kleine bisschen, wo Unterstützungsbedarf bestand - z.B. beim Umziehen nach dem Schwimmen - war oftmals niemand da, der ihn unterstützte. Die ca. eine Stunde, die er brauchte, gab es niemanden, aber 35 Stunden Förderbedarf...

Die Lehrerin hatte mittlerweile deutlich gemacht, dass unser Sohn zwar keinen Bedarf habe ("das ist uns allen klar"), aber die Situation in der Klasse so sei, dass sie Unterstützungsbedarf brauche und dazu gerne die Möglichkeit der Behinderung unseres Sohnes nutzen möchte, um diesen Unterstützungsbedarf zu bekommen. Wir haben dagegen auf allen Ebenen der Schule mündlich und schriftlich interveniert. Lehrerin, Sonderpädagogik und auch Schulleitung auf diesen Sachverhalt angesprochen (auch mit sehr deutlichen Worten; diese sind notwendig, aber nicht hinreichend!), lief man ins Leere. Der Wunsch etwas zu verändern, war nicht erkennbar. Man hörte sich unsere Vorwürfe (Dienstpflichtverletzung, ggf. Straftaten) an und änderte nichts. Nicht für uns und auch nicht grundsätzlich. Vielmehr wurden wir weiterhin unter Druck gesetzt, erneut einen Integrationshelfer zu beantragen. Das taten wir auch, mit erheblichem innenfamiliärem Streit, inwieweit man nun einen anderen Weg gehen sollte.



Die Schule hat mit allen Beteiligten zwischenzeitlich das Modell umgestellt - auf eine sog. Poollösung. Eine Möglichkeit, die dem, was wir kritisieren, Tür und Tor öffnet. Die Diskussion zur Entwicklung der Poollösung war übrigens unter Beteiligung aller entstanden - außer den betroffenen Kindern und Eltern. Diese wurden informiert, darüber, wie ihre individuellen Rechte beschnitten werden.

Bei einer erneuten Beantragung bei der Stadt wurde dann der Besuch einer Schulärztin angekündigt. Wir fanden dies sehr gut, weil dies aus unserer Sicht dazu beitragen würde, dass der Schwindel endlich aufliegt, der hier bislang betrieben wurde. Aber nein: Nach Aussagen der Lehrerin war sie freimütig und erzählte von ihrer Überlastung in der Gruppe und die Kompensation durch den einfach zu bekommenden Unterstützungsbedarf für unseren Sohn mit einer körperlichen Behinderung. Und was tat die Schulärztin: Sie stoppte es nicht, sondern schrieb offensichtlich ein befürwortendes Gutachten, dass dazu führte, dass unserem Sohn weiterhin ein Förderbedarf von ca. der Hälfte des Maximums (diese Poollösung) zustand. Das machte uns fassungslos.

Im Sommer wechselte unser Sohn planmäßig die Klasse. Ein Förderbedarf wurde nicht mehr in Anspruch genommen.